

Wahlprüfsteine
der planenden Berufe für die Kommunal- und Landtagswahlen in Bremen und Bremerhaven 2019

Absender: SPD	Absender: CDU	Absender: FDP	Absender: DIE LINKE	Absender: AfD	Absender: Bündnis 90 / Die Grünen	
<p>Wir fragen Sie:</p> <p>1. Stadtentwicklung als integrierte Politikaufgabe weiterentwickeln</p> <p>Wie stellen Sie sicher, dass die Entwicklung von Quartieren laufend evaluiert wird und die Entwicklungskonzepte einer laufenden Fortschreibung unterliegen – anders als beispielsweise die aktuelle verkehrliche Anbindung der Überseestadt? Welche Ziele verfolgen Sie in der Bodenpolitik, wie kann arbeitsbezogen das Ressortprinzip weiterentwickelt werden?</p>	<p>Ihre Antwort:</p> <p>1. Stadtentwicklung als integrierte Politikaufgabe: Die Entwicklung der Stadt wird in den nächsten Jahren eine dominante Rolle in Bremen einnehmen. Neben der zentralen Stadtentwicklung muss zukünftig - noch stärker als bislang - die Stadtteilentwicklung in unseren Fokus rücken. Hierzu muss ein adäquates Schnittstellenmanagement zwischen den Senatssressorts und Stadtteilen entwickelt werden, um die konzeptionelle Planung sowie ressortübergreifende Zusammenarbeit sowohl in den Quartieren als auch gesamtstädtisch im Sinne der Stadtteilentwicklung deutlich zu verbessern. Viele Bauprojekte haben nur eine scheinbar örtlich begrenzte Bedeutung. Gerade diese sehen wir im Gesamtzusammenhang mit den großen Flächen/ Quartieren, um so eine harmonische Gesamtentwicklung des städtischen Raumes zu gewährleisten. In der Bodenpolitik befürworten wir die Grundstücksvergabe – wo möglich – in Erbpacht, um so die Baukosten zu senken. Es sollen Grundstücke im öffentlichen Besitz häufiger verpachtet statt verkauft werden, wenn darauf dann private Häuser entstehen. Nach Vorstellungen der SPD soll so vor allem jungen Familien mit mittlerem Einkommen ein Bauvorhaben erleichtert werden, die sonst nur schwer eine eigene Immobilie erwerben können.</p>	<p>Ihre Antwort:</p> <p>Eine gleichermaßen auf Attraktivität, Zweckmäßigkeit und Bedarfsorientierung setzende Baupolitik ist ein entscheidender Bestandteil für eine zukunftsgerichtete Stadtentwicklungspolitik. Nur wenn wir lebenswerte Städte erhalten, werden wir Anziehungskraft für Wachstum und für neue Einwohnerinnen und Einwohner entfalten und Abwanderung verhindern. Wir wissen uns in einem Wettbewerb insbesondere mit dem Umland, den wir zum gegenseitigen Nutzen entwickeln wollen. Gleichzeitig verändern sich die Ansprüche: Urbanes Leben gewinnt an Zuspruch, Menschen schätzen die Angebote der Städte. Familien, Studentinnen und Studenten oder ältere Menschen benötigen auf ihre spezifischen Bedürfnisse zugeschnittene Häuser oder Wohnungen. Für die Wirtschaft ist schnell und flexibel verfügbarer Raum ein knappes Gut, mit dem wir in der Konkurrenz zu anderen Standorten stehen. Bei der Entwicklung neuer Quartiere werden wir von Anfang an die Verkehrsanbindung, intelligente Mobilitätslösungen, erforderliche Parkmöglichkeiten und Verkehrsvermeidungsstrategien einplanen. In bestehenden Quartieren wollen wir im Hinblick auf den ruhenden Verkehr zunächst modellhaft, gemeinsam mit den betroffenen Anwohnerinnen und Anwohnern geeignete Alternativen planen und umzusetzen. Wir setzen dazu auf eine ganzheitliche Stadtentwicklungspolitik, bei der neben der Wohnbebauung eine gleichzeitige Planung, z.B. von Nahversorgungsmöglichkeiten, von Kita- und Schulplätzen und z.B. von Angeboten zur Gesundheitsvorsorge und Kultur von vornherein mitgedacht und realisiert werden. Das setzt eine ressortübergreifende Zusammenarbeit voraus.</p>	<p>Ihre Antwort:</p> <p>Quartiersentwicklung ist ein kontinuierlicher Prozess. Wird sie unterbrochen wird nach einiger Zeit eine Quartiersanierung fällig. Das ist zu vermeiden, indem fortwährend Prozesse etabliert werden und Pläne fortgeschrieben werden. Hier sind die Akteure vor Ort vom Beirat bis zu den Verantwortlichen der Stadtplanung einzubinden. Bremen ist eine wachsende Stadt. Unsere Flächen wollen wir entsprechend einsetzen, damit Menschen hier Wohnen können und Arbeit finden. Wir wollen die Eigentumsbildung stärken. Es fehlen u.a. Flächen für Ein- und Zweifamilienhausbau. Durch einen Freibetrag auf die Grunderwerbssteuer wollen wir den Erwerb erleichtern. Das Ressortprinzip behindert an einigen Stellen die Stadtentwicklung, insbesondere wenn eng nebeneinanderliegende Flächen betroffen sind. Letztlich brauchen wir eine organisierte Verzahnung von Wirtschaftsförderung mit Gewerbeflächenplanung und Stadtentwicklung.</p>	<p>Ihre Antwort:</p> <p>Bremen muss dringend nachvollziehen, was andere Kommunen bereits praktizieren: Den Übergang zu einer nachhaltigen Bodenpolitik, zur Bodenbevorratung und zu einem Paradigmenwechsel im Umgang mit städtischen Flächen. Das muss den Stopp des Ausverkaufs städtischer Fläche beinhalten, die verstärkte Vergabe von Entwicklungsflächen in Erbbaurecht mit dauerhaften Vorgaben und Mietregulierungen, und mehr kommunales Bauen in Eigenregie. Wir befürworten ein zentrales Liegenschaftsmanagement mit einer Clusterung von Flächen nach Nutzungsseignung wie in Berlin. Die Zuständigkeit für Bauen und Stadtentwicklung soll beim Bauresort liegen - dass Überseestadt und Innenstadt vorrangig vom Wirtschaftsressort und der WFB gesteuert werden, ist nicht sinnvoll. Integrierte Handlungskonzepte (IHKs) sollte es für alle Ortsteile geben, bzw. auch in "Nicht-WIN-Gebieten" brauchen wir eine ähnliche Struktur um die Prozesse beständig zu begleiten. Stadtentwicklung muss ressortübergreifend abgestimmt werden, und verbindlich dort auch kontinuierlich ausgewertet und weiterentwickelt werden. Wie die Erfahrung zeigt, setzt ihre Umsetzung voraus, dass die Stadt selbst über genügend Flächen, Immobilien und Wohnbestände verfügt - und über Kapazitäten und eigene Kompetenz in der Verwaltung.</p>	<p>Ihre Antwort:</p> <p>1. Stadtentwicklung als integrierte Politikaufgabe weiterentwickeln Bauresort leistungsfähiger machen/Führungsprobleme beseitigen/Mitarbeiter motivieren statt ausgrenzen Stichwort: Fluktuation und Kündigungen 1.1 Bodenbevorratung ja/Finanzierung durch Privatisierung an Mieter(BreBau) 1.2 Quartiersentwicklung verbessern v.a. hinsichtlich Verkehr(negativ: Werderhöhe)/Probleme der Überseestadt nicht durch unsinnige Ideen wie Seilbahn konterkarieren: eignet sich für Verbindung von Stadtteilen auf unterschiedlicher Höhe wie La Paz und Berlin nur Überbleibsel einer Ausstellung</p>	<p>Ihre Antwort:</p> <p>Das Monitoring der ganzen Stadt, also auch der Bestandsquartiere, hat sich zu einem brauchbaren Instrument entwickelt. Diagnosen sind allerdings noch ziemlich grob und müssen da, wo Probleme offenkundig sind, verfeinert werden. Für die Intervention in den Bestand ist die GEWOBA ein Vorbild. Davon können wir lernen für die Bestände der BREBAU. Aber in Blumenthal und Gröpelingen sind die Eigentümer und Akteure zersplittert. Da geht es in erster Linie um Kitas, Schulen, öffentliches Grün und die Qualität der Straßen und Plätze. Stichwort Integrierte Entwicklungskonzepte auf der Basis von Städtebaufördermitteln. Und da, wo es Platz für Neubauquartiere gibt, müssen sie einen Beitrag für die Stabilisierung des ganzen Ortsteils leisten. Das könnte z. B. mit dem neuen Quartier auf den Grundmauern des Haven Hööv, vis à vis der Grohner Düne in Vegesack, gelingen.</p> <p>Der Stau an den Ausfahrten der Überseestadt zeigt uns, da gibt es ein ungelöstes Strukturproblem. Von einem integrierten Stadtteil, der gut in das Wege- und Straßennetz der Stadt eingebaut ist, sind wir noch ein gutes Stück entfernt. Teilweise sind die Probleme auch unvermeidliche Kinderkrankheiten eines unfertigen Stadtteils, teilweise sind sie die Folgen von Weichenstellungen, die lange zurückliegen. Korrekturen brauchen Zeit, Stichworte sind hier: eine Straßenbahn bis zum Waller Sand, Brücken über Hafenbecken und Weser, eine Neuordnung der Erschließung des Großmarks, die Schaffung einer Mitte zwischen Hafenhochhaus und Großmarkt mit Einzelhandel. Das sind die Stichworte. Auf dem Kellogg's-Gelände besteht die Chance, von Anfang an vieles richtiger zu machen.</p> <p>Und die Bodenpolitik? Wir sagen: Der Ausverkauf muss gestoppt werden. Damit die Stadt als Eigentümerin die Deutungshoheit über eine soziale und ökologische Stadtentwicklung wiedererlangt, werden wir städtische Grundstücke grundsätzlich nur noch im Erbbaurecht mit attraktivem Erbbauzins vergeben. Denn wer den Boden besitzt, kann auf vieles Einfluss nehmen: die soziale Mischung, die Bauweise, den Anteil und die Art von Gewerbe und natürlich auch das Verkehrskonzept. Wir werden deshalb einen Bodenfonds zum Ankauf von Grundstücken auflegen. Und wo es Sinn macht, sollten wir in den Werkzeugkasten des Baugesetzbuchs greifen und „Vorkaufszustungen“ aufstellen oder die Dinge mit „Städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen“ voranbringen.</p> <p>In den Quartieren mit besonders hohen Grundstückspreisen werden wir für Genossenschaften und Baugemeinschaften, die eine besondere soziale oder kulturelle Leistung für das Quartier erbringen, die gleichen kostenmindernden Regeln für das Bauland anwenden wie beim geförderten Wohnungsbau. Neben dem geförderten Wohnungsbau wollen wir auch das Segment des mittleren Mietpreises ausbauen und somit die Schere zwischen geförderten und hochpreisigem Wohnraum schließen.</p>
<p>2. Baukultur als Standortfaktor etablieren - Projekt „IBA Bremen“ angehen, b.zb stärken</p> <p>Wie wollen Sie die Durchführung einer IBA im Land Bremen umsetzen? Werden Sie sich für eine inhaltliche und materielle Stärkung des Bremer Zentrums für Baukultur einsetzen?</p>	<p>2. Baukultur als Standortfaktor: Die SPD setzt sich für die Ausrichtung einer Internationalen Bauausstellung (IBA) ein, um neue Wohnideen und nachhaltige Mobilitätskonzepte zu erproben. Dies ist einer der Vorschläge aus dem Abschlussdokument der Zukunftswerkstatt. Mitglieder des Senats (Zukunftskommission) und eine Runde Bremer und auswärtiger Fachleute (Zukunftsrat) haben zukunftsorientierte Ideen für die Entwicklung Bremens und Bremerhavens entwickelt. Die SPD unterstützt die Vorschläge der Zukunftskommission und des Zukunftsrats, die acht Leitziele für den Zwei-Städte-Staat definiert und mit konkreten Maßnahmen hinterlegt haben. Dazu gehört auch die Planung und Umsetzung einer IBA im Land Bremen. Die Initiative „Bremer Zentrum für Baukultur“ und dessen Verdienste um den Erhalt und die wissenschaftliche Aufarbeitung der Architekturgeschichte Bremens besonders seit den 1950er Jahren befürworten und unterstützen wir ausdrücklich.</p>	<p>Die Baukultur beeinflusst das gesellschaftliche Zusammenleben in hohem Maße und trägt maßgeblich zur Stadtidentität bei. Die CDU Bremen verfolgt eine Baupolitik, die sowohl das Ziel einer "wachsenden Stadt" (neuer und bezahlbarer Wohnraum insbesondere für Studenten und junge Familien) als auch den Erhalt der für Bremen und Bremerhaven spezifischen Baukultur anstrebt. Das bedeutet für uns konkret, dass dies neben der Schaffung und dem Erhalt architektonischer Bauten auch die Gestaltung des öffentlichen Raumes nach stadtplanerischen Gesichtspunkten beinhalten muss. Es müssen die bestmöglichen Voraussetzungen zum Schutz des Stadtbildes geschaffen werden. Beispielshaft seien hier denkmalschutzrechtliche Bestimmungen oder der Einsatz für den Erhalt des Altbremer Hauses genannt. Gleichzeitig müssen Innovationen weiterhin ermöglicht werden. Die CDU Bremen wird dabei gleichermaßen die weitere Innenverdichtung des Stadtzentrums als auch die Ausweisung neuer Flächenpotenziale in Randgebieten voranbringen. Zudem setzt sich die CDU für den Erhalt der Grünanlagen ein, denen ein hoher Erholungs- und Freizeitwert zukommt. Die Bürgerbeteiligung sowie der Austausch mit Fachexperten sind bei städtebaulichen Vorhaben von entscheidender Bedeutung, um die Akzeptanz der Maßnahmen zu steigern und einen reibungslosen Ablauf zu garantieren. Die Ausrichtung einer IBA im Lande Bremen könnte eine Bereicherung des städtebaulichen Diskurses darstellen und würde von der CDU ausdrücklich begrüßt werden. Wir werden gerne mit dem Bremer Zentrum für Baukultur über die Ausrichtung sowie eine bessere Unterstützung in den Dialog treten.</p>	<p>Wir wollen das Bremer Zentrum für Baukultur als wichtigen Ort des Diskurses über unsere Stadtentwicklung in seinem Wirken festigen. Angesichts der weiter notwendigen Prioritätensetzung bei den Ausgaben des Landes und der Städte sehen wir derzeit keinen Raum für eine real stärkere Unterstützung. Eine Bauausstellung sehen wir als Chance, Bremens Entwicklung selbstbewusst zu dokumentieren und nach außen zu tragen.</p>	<p>Ausstellungen wie die "Wohntage Bremen" 2018, auf denen konzeptionelle Neuansätze vorgestellt und die Erfahrungen anderer Kommunen diskutiert werden, sollte es viel öfter geben. Eine Internationale Bauausstellung (IBA) ist jedoch etwas anderes. Eine IBA ist ein mehrjähriges Großprojekt, bei dem exemplarische Bauprojekte realisiert werden. Daher ist sie sehr teuer für die durchführende Kommune. Berlin hat 2013 die geplante IBA Berlin 2020 abgesagt, weil sie die Stadt 60 Mio. Euro gekostet hätte. Heidelberg ringt um die Finanzierung. Für Bremen sehen wir derzeit keine Möglichkeiten, ein solches Großprojekt in den Haushalt aufzunehmen. Allerdings wäre ein Format ausgehend von den "Wohntagen Bremen" weiterzuentwickeln und explizit auf die Stadtteile zu beziehen. Wir befürworten eine bessere und dauerhafte Förderung des b.zb durch die Stadt Bremen. Dies ist auch wichtig, um seine Unabhängigkeit zu stärken.</p>	<p>2. Baukultur als Standortfaktor etablieren- Projekt „IBA Bremen“ angehen, b.zb stärken IBA für Bremen überdimensioniert, es sei denn Projekt im Rahmen der Metropolregion HB /DL 2.1 b.zb sichern, aber auch Konzeptentwicklung aus dem Ressort stärker einbinden: Beispiel der größte innerstädtische Grünzug zwischen Wasserflächen als Entwicklungsgebiet wurde im Ressort immer wieder auf's Abstellgleis geschoben</p>	<p>Unser Vorschlag für einen Standort der IBA ist der Bremer Osten. Dieser Teil Bremens befindet sich im Umbruch. Es geht um neues Wohnen und neues Arbeiten. Stichworte: das Rennbahngelände, die alte Wurstfabrik von Könecke und der Standort von Coca-Cola, der Zugang zur Weser hinter dem Gewerbegürtel und schließlich die Bearbeitung der Frage, wie die Beschäftigten von Daimler für ein Leben in der Stadt gewonnen werden können. Uns interessiert, wie weit es möglich ist, den Gewerbetpark Hansalinie zu qualifizieren hinsichtlich der Frage der sich ändernden technologischen Basis der Automobilproduktion (E-Mobilität, Digitalisierung der Mobilität). In der Stadtentwicklung wäre eine Konzentration von Kompetenz und der Mobilisierung der besten Ideen vorzuziehen. Aber zuerst muss die Mehrheit der Bremer*innen gegen das Volksbegehren zum Rennbahngelände stimmen und damit wenigstens auf der Hälfte des Geländes Wohnungsbau möglich machen.</p> <p>Wir sehen im b.zb eine zentrale Plattform für die Förderung der Baukultur in unserer Stadt. Gerade die kooperative Trägerschaft durch ein starkes Netzwerk sichert die große Ausstrahlung dieser Einrichtung. Der regelmäßig durchgeführte Stadtdialog findet ein beachtliches Publikum und trägt zur Qualifizierung der Debatte über Stadtentwicklung bei. Wir wünschen uns nicht nur, dass diese Formate und Strukturen auch in den nächsten vier Jahren erhalten bleiben, sondern dass sie als Forum für Kontroverse und Herausforderung einen größeren Beitrag zur Innovation in der Stadtentwicklung leisten. Wir GRÜNE wollen, dass diese erfolgreichen Strukturen in der wissenschaftlichen Arbeit und der öffentlichen Debatte zu Bremens Baukultur für die Zukunft finanziell abgesichert werden.</p>

Wahlprüfsteine
der planenden Berufe für die Kommunal- und Landtagswahlen in Bremen und Bremerhaven 2019

Absender: SPD	Absender: CDU	Absender: FDP	Absender: DIE LINKE	Absender: AfD	Absender: Bündnis 90 / Die Grünen	
<p>Wir fragen Sie:</p> <p>3. Beteiligung der Öffentlichkeit strukturieren</p> <p>Wie wollen Sie zukünftig eine geordnete, vorhabenunterstützende Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Beiräten organisieren und dafür sorgen, dass das Gemeinwohl ausschlaggebendes Kriterium bleibt?</p>	<p>Ihre Antwort:</p> <p>3. Beteiligung der Öffentlichkeit strukturieren: Für die SPD ist der § 3 BauGB, der die Beteiligung der Öffentlichkeit regelt, maßgeblich. Darüber hinaus befragt die SPD bei größeren Bauvorhaben eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit, z. B. durch „Runde Tische“ und weitere Diskussionsforen. So haben wir bei Bauvorhaben wie der Gartenstadt Werdersee oder dem Hulsberg-Quartier frühzeitig aufwändige Dialoge mit interessierten Bürgern und Bürgerinnen geführt, die in die Konkretisierung der Planungen eingeflossen sind. Mit einer fünfjährigen „Ideenmeisterschaft“ im Sommer 2018 wurde der Prozess zur Umgestaltung der Innenstadt angestoßen. Hier halten wir die enge Kooperation von Trägern öffentlicher Belange mit privaten Investoren und Bürgern und Bürgerinnen für sinnvoll und werden das bei entsprechenden Projekten fortführen.</p>	<p>Ihre Antwort:</p> <p>Wir sind uns bewusst, dass Bebauung auch zu Konflikten führen kann. Wir setzen dabei einerseits auf eine frühzeitige Information und Einbindung der Beiräte sowie der Bürgerinnen und Bürger, z.B. in Planungskonferenzen oder fallbezogenen Moderationsverfahren. Und wir setzen andererseits auf rechtliche Bedingungen zur Bebauung, die wie z.B. bei der Regelung von Mindestabständen von Windanlagen zur Wohnbebauung, die berechtigten Interessen möglichst aller, im Zweifel aber insbesondere die der Wohnbevölkerung berücksichtigen. Unser Ziel ist es darüber hinaus, die Interessen der Allgemeinheit und die berechtigten lokalen Interessen, z.B. in der Art und Weise einer traditionellen Bebauung, in Einklang zu bringen. Dabei ist für uns wichtig, dass Baupolitik nicht nur Neubau und Expansion zur Befriedigung von Bedarfen bedeuten kann. Mit Blick auf einzelne Quartiere verstehen wir Baupolitik auch als wesentlichen Bestandteil einer Politik zur sozialverträglichen Entwicklung bestimmter Bereiche unserer Städte. So werden wir z.B. in der „Grohner Düne“ in Verhandlungen mit der Eigentümerin zu erreichen suchen, die Wohnungen im Gesamtinteresse der Bürgerinnen und Bürger zu reduzieren und die Aufenthaltsqualität des Quartiers insgesamt erhöhen.</p>	<p>Ihre Antwort:</p> <p>Wir Freien Demokraten setzen uns für eine breite Öffentlichkeitsbeteiligung in Planverfahren ein. Wir wollen das regelmäßig vorzeitige Öffentlichkeitsbeteiligungen durchgeführt werden und die Stadtteilbeiräte und Menschen vor Ort regelmäßig beteiligt werden. Sie müssen ausreichend Zeit für Stellungnahmen bekommen. Für wichtige, öffentliche und zentrale Bauvorhaben sind Wettbewerbe das Mittel der Wahl, um gute Lösungen zu finden.</p>	<p>Ihre Antwort:</p> <p>Wir sprechen uns für eine verbindliche Mitentscheidung der Beiräte bei Bauprojekten aus, auch im späteren Prozess der Konkretisierung. Derzeit können die Beiräte zwar ihre Meinung äußern, haben aber keine echten Entscheidungsrechte. Das führt zur Haltung: Wenn wir ein Projekt nicht von vorneherein blockieren, werden wir später nichts mehr effektiv mitgestalten können. Das Volksbegehren gegen die Bebauung des Rennbahn- Geländes ist das (problematische) Ergebnis dieser Erfahrung. Bauen ist in der Stadtgesellschaft nur als demokratisches Bauen realisierbar. Bei größeren Fragen der Stadtentwicklung ist es sinnvoll, dass die Stadt sie auch selbst zum Volksentscheid vorlegt - dann setzen sich reine Partikularinteressen nicht durch. Wir begrüßen nicht nur "vorhabenunterstützende" Beteiligung, sondern auch vorhabenkritische - demokratische Partizipation ist ein ergebnisoffener Prozess und muss auch "Nein" sagen können.</p>	<p>Ihre Antwort:</p> <p>3. Beteiligung der Öffentlichkeit strukturieren Stärkung der Teilhabe sichern, aber nicht wie bisher in Ortsbeiräten ohne wesentliche Kompetenzen. Wir fordern die Weiterentwicklung unserer Kommunalverfassung wie im Beschluss des StGH von 1982 als zulässig angedacht zu 5-6 Bezirksvertretungen mit kommunalen Kompetenzen insb. im Bereich der Bauleitplanung.</p>	<p>Ihre Antwort:</p> <p>In Bremen und Bremerhaven gibt es viel Engagement für die Demokratie und deren Stärkung. Bürger*innen engagieren sich ehrenamtlich in Beiräten, Vereinen, Initiativen, Netzwerken, Selbsthilfegruppen, Verbänden und Parteien für das Gemeinwohl. Wir GRÜNE fördern alle Beteiligungsformen, denn Demokratie funktioniert nur, wenn viele Menschen aus unterschiedlichen Zusammenhängen Verantwortung für das Gemeinwesen übernehmen. Die Beiräte sind ein integraler Baustein des demokratischen Systems unserer Stadt. Etwa 300 ehrenamtliche Politiker*innen engagieren sich und bringen ihre Sachkenntnis und ihren Eigensinn in die Auseinandersetzung ein. Sie spielen eine zentrale Rolle bei den unvermeidlichen Aushandlungsprozessen zwischen Stadtteilinteressen und den gesamtstädtischen Zielen. Sie helfen, die Angelegenheiten vor Ort zu klären und in geordneten Bahnen zu halten. Diese „Vermittlung“ ist manchmal mühsam und zeitraubend. Eine weitere Übertragung von „großen“ Entscheidungsbefugnissen auf die Beiräte lässt unsere Verfassung nicht zu. Der größte Beitrag zur Förderung des Gemeinwohls in den Kontroversen auf Stadtebene liegt in einer kompetenten, selbstbewussten und kommunikativen Verwaltung. Und im Idealfall in einer klaren politischen Haltung der Abgeordneten und Senatorinnen. Vorhabenlisten haben wir in einigen Bereichen umgesetzt und halten sie für ein gutes Instrument, das wir ausbauen wollen. Auf unseren Druck wird der Bereich Bürgerbeteiligung zentral personell gestärkt werden. Besonderes Augenmerk wollen wir künftig darauf legen, auch Menschen Gehör zu verschaffen, die sich nicht selbst in Bürgerinitiativen organisieren und die weniger vertraut mit politischen Prozessen sind. Ein wichtiges Instrument können dabei Bürgerforen sein, deren Mitglieder nach dem Zufallsprinzip aus der gesamten Bevölkerung ausgewählt werden. Sie beraten über einen längeren Zeitraum ausführlich ein politisch bedeutsames Thema und machen, von Expert*innen unterstützt, konkrete Handlungsvorschläge in Form eines Bürgergutachtens.</p>
<p>4. Öffentliches Bauen - Qualität sichern, Effizienz steigern</p> <p>Welche konkreten Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die Effizienz des Öffentlichen Bauens zu steigern und gleichzeitig die dauerhafte Qualität zu sichern?</p>	<p>4. Öffentliches Bauen – Qualität sichern, Effizienz steigern: Die SPD verfolgt in der Stadtentwicklung vornehmlich das Ziel der qualitativen Verbesserung der Altbauquartiere, der Aufwertung von Stadtteilzentren und der Schaffung neuer Mischgebiete für Wohnen und Arbeiten. Zu zentralen Erneuerungsprozessen mit gesamtstädtischer Bedeutung zählen vor allem die Innenstadtentwicklung, die Entwicklung neuer großer Gebiete wie bspw. der Übersee-Insel oder dem Rennbahn-Quartier, eine zukunftsfähige Verkehrsplanung sowie erhebliche Anstrengungen beim Ausbau sozialer Infrastruktur, insbesondere im Schul- und Kitabau. Im Bereich der Architektur, des Städtebaus und der Landschaftsarchitektur hält die SPD das Mittel des Wettbewerbs (Architektur- oder Planungswettbewerbe) für wichtig, um für ein konkretes Projekt eine optimale und qualitativ hochwertige Lösung zu finden.</p>	<p>Wir werden die Planungsabteilungen der Bauämter so ausstatten, dass sie wieder selbst und unabhängig von externen Vergaben abschließend beplanen können. Die Dauer von Bauleitplanungen auf ein Maximum von 12 Monaten reduzieren und dafür die Beweglichkeit der Planung bei der Gestaltung von Neu- und Umbauten, ggf. auch durch Veränderung der rechtlichen Grundlagen. Davon unberührt bleibt eine umfassende Beteiligung der Menschen vor Ort und der Beiräte. Wir wollen die Chancen und Vorteile der Digitalisierung für die Planung von Gebäuden nutzen und durch Einführung des „Building Information Modeling“ (BIM) bei öffentlichen Bauwerken im Land Bremen das digital-ganzheitliche Planen und Bauen zum Standard machen. Wir versprechen uns hiervon mehr Transparenz in der Planung, eine Vereinheitlichung der organisatorischen Prozesse, eine realistische Risikokalkulation sowie eine Reduzierung der Bauzeiten und der Kosten.</p>	<p>Um die Effizienz des öffentlichen Bauens zu stärken, wollen wir die beauftragenden Stellen stärken, damit sie ihre Aufgaben wahrnehmen können. Der Hochschulbau soll weiter nicht von Immobilien Bremen abgewickelt werden. Für Bauten von Kindergärten und Schulen muss auch über andere Wege der Abarbeitung nachgedacht werden. Immobilien Bremen muss neu aufgestellt werden.</p>	<p>Das größte Problem für das öffentliche Bauen ist derzeit das Geld. Der Schul- und Kita-Ausbau droht daran zu scheitern, dass die Schulbremse keine kreditfinanzierten öffentlichen Investitionsprojekte erlaubt. Wir sprechen uns daher für eine öffentliche Schulbaugesellschaft aus, bzw. die Beauftragung von öffentlichen Gesellschaften wie der GEWOBA oder der Brebau, um dieses Problem zu lösen. Im Prozess verzögern sich Projekte vor allem dadurch, dass nachträglich immer wieder neue Anforderungen formuliert werden, die zu erneuter Planung führen, sowie durch die unzureichende Personalausstattung insbesondere im Baureisort und bei Immobilien Bremen. Diese muss unbedingt behoben werden. Unter "Entschlackung" im Allgemeinen lässt sich wenig vorstellen, das muss im Einzelnen beurteilt werden - öffentliche Vorgaben haben ja einen Grund und wer Vorgaben lockern will, muss konkret benennen, welche. Den gerade abgeschlossenen Prozess der Neufassung der RL Bau sehen wir positiv.</p>	<p>4. Öffentliches Bauen- Qualität sichern, Effizienz steigern Durch serielles Bauen und Veränderung von Vorschriften können- wie Niederlande beweisen bspw. mit anderen Anforderungen an Deckenstärke usw.-Baukosten erheblich gesenkt und GFZ erhöht werden. Außerdem fordern wir Abschaffung der EneV(Stichwort: Verdämmung führt zu Feuchtschadensrisiken in Wohnungen und Brandschutzrisiken bei Dämmmaterial außen.)</p>	<p>Mit der „Bremer Erklärung zur Sicherung und Qualifizierung der Baukultur in Bremen“ – erneuert und beschlossen im August 2018 – sollen geeignete, qualitätssichernde Verfahren für stadtprägende Bauten in die Planungsphase integriert werden. Das gilt auch für öffentliche Bauvorhaben. Das Gestaltungsgremium trägt ebenfalls zu einer hohen Bauqualität in Bremen bei. Die gerade erst überarbeitete RL Bau soll evaluiert werden. Dies wollen wir abwarten. Sollte unter „Effizienz des Öffentlichen Bauens“ eine „Entschlackung“ gemeint sein, stellt sich die Frage, was damit gemeint ist. Sollte beispielsweise Energie-Effizienz beim Bauen nicht mehr eine so große Rolle mehr spielen, wären wir GRÜNE dagegen.</p>
<p>5. Fachkräftemangel angehen – Hochschulen in Bremen ausreichend ausstatten</p> <p>Wie wollen Sie den Hochschulstandort Bremen für kluge Köpfe (Lehrende wie Studierende) weiter attraktivieren und sicherstellen, dass neuen Herausforderungen, die in Folge der Digitalisierung und steigenden Komplexität der Berufsfelder entstehen, durch entsprechend qualifizierte Stellenbesetzungen begegnet</p>	<p>5. Fachkräftemangel angehen – Hochschulen in Bremen ausreichend ausstatten: Die SPD hält die Ausbildung gut ausgebildeter Absolventinnen und Absolventen für eine Kernaufgabe der Universität und der Hochschulen. Wir werden sie bei dieser Aufgabe in den kommenden Jahren durch die Einrichtung zusätzlicher Professuren und vor allem durch eine nachhaltige Stärkung des wissenschaftlichen Mittelbaus unterstützen. Unser Ziel ist es, die Betreuungsrelationen und Beratungsangebote für die Studierenden an den öffentlichen Hochschulen zu verbessern und an den bundesdeutschen Standard heranzuführen. Damit einhergehend werden wir die räumliche Situation für die Lehre durch Modernisierungen und Neubauten verbessern und gleichzeitig im Zuge einer übergreifenden Schwerpunktsetzung bei der Digitalisierung von Hochschulprozessen die Infrastrukturen für die digitale Lehr-, Lern- und Prüfungsformate schaffen. Der Ausbau der Hochschulen erfordert neben baulichen Maßnahmen und einer Erweiterung des Studienangebots auch eine vorausschauende Personalplanung, verbesserte Personalmanagementsysteme, ein effizientes Hochschulmanagement und eine gut ausgestattete Hochschulverwaltung.</p>	<p>Der Wissenschaftsbereich stellt für die CDU Bremen eines der Schlüsselgebiete für unser Land dar, zumal Bremen und Bremerhaven in vielerlei Hinsicht profitieren. Daher werden wir in der kommenden Legislatur in diesem Bereich einen Schwerpunkt unseres politischen Handelns legen. So streben wir z. B. die Erhöhung der Gesamtstudierendenzahl auf 40.000 an und wollen eine medizinische Fakultät gründen. Der Fachkräftemangel macht sich auch im Lande Bremen immer mehr bemerkbar und muss sowohl durch eine Attraktivitätssteigerung der beruflichen Bildung wie der akademischen Studien begegnet werden. Die CDU verfolgt hier den Ansatz, dass wir in erster Linie auf die Hochschulautonomie vertrauen und die Politik sich auf das Setzen von Rahmenbedingungen konzentriert, da wir der Überzeugung sind, dass die Lehrenden und Studierenden am besten ihre Strukturen verantworten können. Bremens Hochschul- und Wissenschaftslandschaft ist zwar bundesweit und international sehr anerkannt, jedoch drohen wir ins Hintertreffen zu geraten (wie u. a. der Verlust der Exzellenz belegt), denn in Sachen Grundfinanzierung sind wir bei Ausgaben pro Student/Hochschullehrer auf dem letzten Platz der Bundesländer. Hier herrscht dringender Handlungsbedarf. Die Grundfinanzierung muss mind. auf Bundesdurchschnitt angehoben werden. Deswegen setzen wir uns auf Bundesebene für eine Verstärkung des Hochschulpaktes ein. Damit wären die Hochschulen finanziell in die Lage versetzt, u. a. folgende Themengebiete anzugehen: Verbesserung der Betreuungsrelation in der Lehre, mehr Dauerstellen statt befristete Lehraufträge, Entlastung von Bürokratie. Zur Beendigung des Raummangels müssen die geplanten Neubauten zügig umgesetzt werden. Ebenso bedarf es mehr Wohnraum für Studenten, der auch bezahlbar ist. Bremen hat an dieser Stelle spürbaren Nachholbedarf. Um die geänderten Bedürfnisse besser befriedigen zu können, werden wir mit den Hochschulen Konzepte für mehr Teilzeitstudiengänge zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Studium erarbeiten. Auch viele klassische Berufsbilder haben mittlerweile einen immer höheren Bedarf an akademischen Inhalten oder akademisch gebildeten Führungskräften, daher werden wir hier z. B. im Bereich der Pflegewissenschaften und der sozialen Arbeit die Kapazitäten im Bereich akademischer (Weiter-)Bilder bedarfsgerecht ausbauen.</p>	<p>Wir Freie Demokraten haben uns für mehr Personal an Hochschulen und die Digitalisierung der Hochschulen eingesetzt. Der Wissenschaftsplan 2025 skizziert ersteres. Die Digitalisierung muss unseres Erachtens weitaus beherzter angegangen werden. Wichtig ist, dass die Ausfinanzierung des Wissenschaftsplans sichergestellt wird. Wir setzen uns dafür ein, dass entsprechend Mittel in zukünftigen Haushalten bereitgestellt werden.</p>	<p>Der Fachkräftemangel in allen Bauplanungsberufen stellt ein großes Problem dar, gerade für die öffentliche Hand. Hier ist viel zu lange Personal abgebaut statt aufgebaut worden. Wir befürworten einen Ausbau der Studienplätze, ein Recht auf Masterstudium am Studienort für Bachelor-Absolvent*innen und eine Verbesserung von Betreuungsrelation und Ausstattung. Dies sollte unbedingt im gerade vorgelegten Wissenschaftsplan explizit mit aufgenommen werden, um die Bauingenieur und Architektenberufe zu stärken. Die Frage angemessener Besoldung im öffentlichen Dienst kann allerdings nur insgesamt betrachtet werden und nicht isoliert für einzelne Besoldungsgruppen gelöst werden.</p>	<p>5. Fachkräftemangel angehen - Hochschulen in Bremen ausreichend ausstatten Dringend in HS Baug-Studium personell stärken. Finanzielle Ressourcen u.a.erweitern, indem sämtliche 4 Professuren im Genderrbereich landesweit ersatzlos gestrichen werden.</p>	<p>Mit dem neuen Wissenschaftsplan 2025 haben wir zur Bewältigung der künftigen Herausforderungen die richtigen Weichen gestellt. Eine höhere Grundausrüstung der Hochschulen, mehr wissenschaftliche Mitarbeiter*innen und Professor*innen für die Stärkung der Lehre, der Ausbau der Studienplätze in Bremen und Bremerhaven, neue Studiengänge, Digitalisierungsstrategien und effektive Frauenförderung – das sind einige Kernpunkte des Wissenschaftsplanes 2025. Die neuen Studiengänge, die zu hochqualifizierten Berufsabschlüssen führen, erhöhen die Attraktivität der Hochschulen. Mit der höheren Grundausrüstung, zusätzlichen Gebäuden und der Digitalisierung verbessern wir die Rahmenbedingungen für Forschung und Lehre.</p>

Wahlprüfsteine
der planenden Berufe für die Kommunal- und Landtagswahlen in Bremen und Bremerhaven 2019

Absender: SPD	Absender: CDU	Absender: FDP	Absender: DIE LINKE	Absender: AfD	Absender: Bündnis 90 / Die Grünen	
<p>Wir fragen Sie:</p> <p>6. Digitalisierung im Bauwesen umsetzen</p> <p><i>Wie stehen Sie zur Digitalisierung in der Wertschöpfungskette Bau, insbesondere unter dem Stichwort BIM? Wann werden Sie den digitalen Bauantrag einführen? Wie wollen Sie den weiteren Ausbau leistungsfähiger Datennetze voranbringen?</i></p>	<p>Ihre Antwort:</p> <p>6. Digitalisierung im Bauwesen umsetzen: Die SPD befürwortet die Umsetzung der Handlungsfelder Digitale Verwaltung und Bürgerservice, insbesondere im Bauwesen. Dazu sind bereits etliche Projekte in der Planung bzw. in der Umsetzung, z. B. die „Automatisierte Erfassung des Gebäudefehlistandes im Liegenschaftskataster“, das „Digitale Informationssystem für bremische Freianlagen“, die „IT-Strategie des Umweltbetriebs Bremen“, das „Online-Störungsformular“ (Straßenschäden), oder die „Einrichtung Service Center Bau Nord“.</p>	<p>Ihre Antwort:</p> <p>Wir werden die Chancen und Vorteile der Digitalisierung für die Planung von Gebäuden nutzen und durch Einführung des sog. „Building Information Modeling“ (BIM) bei öffentlichen Bauwerken im Land Bremen das digital-ganzheitliche Planen und Bauen zum Standard machen. Wir versprechen uns hiervon mehr Transparenz in der Planung, eine Vereinheitlichung der organisatorischen Prozesse, eine realistische Risikokalkulation sowie eine Reduzierung der Bauzeiten und der Kosten. Der Ausbau leistungsfähiger Datennetze ist in erster Linie Sache privater Telekommunikationsunternehmen. Die im Ländervergleich in Summe sehr gute Breitbandabdeckung in Bremen darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es – gemessen an dem Ausbauziel der Bundesregierung von flächendeckend 50 Mbit/s – noch immer zahlreiche unterversorgte Ortsteile gibt. Dies betrifft z.B. Strom, Blockland, Teile von Seehausen, Osterholz und Burglesum sowie den Bereich der stadtbremischen Häfen. Diese Gebiete, deren Erschließung unter reinen Marktbedingungen aus Sicht der Telekommunikationsanbieter unwirtschaftlich erscheint, werden derzeit mithilfe des Breitbandausbauförderprogramms des Bundes geschlossen, wobei Bremen für das Verfahren zuständig ist und die Hälfte der Finanzierungslücke übernimmt. Parallel dazu wollen wir eine Versorgung aller bremischen Gewerbegebiete mit mind. 1 Gbit/s garantieren und in allen Schulen, Bahnen und Bussen sowie in der Bremer Innenstadt freies WLAN zur Verfügung stellen.</p>	<p>Ihre Antwort:</p> <p>Wir Freien Demokraten wollen die Digitalisierung voranbringen. Wir halten Open-BIM für den richtigen Weg. Hier ist klar zu definieren, welche Schnittstellen es zwischen Auftragnehmern und Verwaltung gibt, damit alle potentiellen Anbieter die Chance bekommen sich einzubringen. Die Einführung digitaler Bauakten und digitaler Bauanträge sowie die Etablierung digitaler Antragsbearbeitung und -abläufe ist dafür essential. Wir Freidemokraten haben uns fest vorgenommen für die Digitalisierung entsprechend Mittel bereitzustellen und die Mitarbeitenden entsprechend zu qualifizieren.</p>	<p>Ihre Antwort:</p> <p>Die Digitalisierung von Planungsprozessen, speziell der Übergang zu BIM, ist ein wichtiger, aber außerordentlich komplexer Prozess. Vielfach fehlen noch übergreifende Einigungen auf Standards und Normen. Die Gefahr, dass der Übergang zu BIM einen Konzentrationsprozess begünstigt, bei dem kleinere und mittlere Planungsbüros das Nachsehen haben, ist real. Wir halten es daher für richtig, dass Bremen den Prozess der Digitalisierung im Baubereich vorantreibt.</p>	<p>Ihre Antwort:</p> <p>6. Digitalisierung im Bauwesen umsetzen Eines der gängigen Modewörter, das in der Regel zu selten umgesetzt wird. Wir unterstützen alle moderne technischen Verfahren der Bauplanung. Der digitale Bauantrag muss Standard in der nächsten Legislaturperiode sein. BIM wird unterstützt.</p>	<p>Ihre Antwort:</p> <p>Der Einsatz von „Building Information Modeling“ (BIM) ist unserer Einschätzung nach erst bei Bauprojekten ab 5 Mio. Euro wirtschaftlich und eigentlich nur bei Neubauten sinnvoll. Eine Datenaufnahme in 3D für Bestandsgebäude ist extrem aufwändig. Beim Bauen der öffentlichen Hand geht es zu ca. 80 Prozent um Bestandsgebäude. Gerade bei öffentlichen Gebäuden haben wir es mit sehr heterogenen Gebäuden zu tun, oder übersetzt: jede Schule ist anders (verwinkelt). Beim KiTa- und Schulbau beeinflussen auch pädagogische und soziale Faktoren den Planungsprozess, das ist mit BIM nicht abzubilden. Darüber hinaus besteht die Sorge, dass Planer*innen, die mit dem BIM verknüpft sind, einen Informationsvorteil haben können, was die Wettbewerbsbedingungen einschränkt. Im Übrigen müssten rechtliche Grundlagen, wie die gerade überarbeitete RL Bau, die Landeshaushaltsordnung und Regularien des Bundes geändert werden. Insgesamt bedeutet eine Einführung des BIM in der öffentlichen Verwaltung Mehrkosten und die Nutzung wäre nur eingeschränkt möglich.</p> <p>Das GRÜNE Bauressort arbeitet bereits an der Konzeption, Umsetzung und Einführung eines elektronischen Baugenehmigungsverfahrens. Zukünftig soll das Verfahren von der Antragstellung bis zur Erteilung der Baugenehmigung online durchgeführt werden.</p> <p>Zur Förderung des nachhaltigen und flächendeckenden Ausbaus des Breitbandnetzes wurde jüngst von der rot-grünen Koalition in Kooperation mit Niedersachsen das Breitbandzentrum (b z n b) gegründet. Diese Zusammenarbeit dient der Förderung des Glasfaserausbau und der Verbesserung von WLAN und Mobilfunk. Ist das Bremer Breitbandnetz heute schon relativ gut ausgebaut, wird hiermit die Versorgung bisher unterversorgter Teile des Landes Bremen verbessert. Das Breitbandzentrum bietet Beratung und Begleitung für Bremens Bürger*innen und Unternehmen.</p>
<p>Wir fragen Sie:</p> <p>7. Klimawandel sachgerecht angehen</p> <p>neue Wege zur Bemessung der ökologischen Nachhaltigkeit von Bauwerken und Stadtquartieren gehen</p> <p><i>Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um eine nachhaltig klimaschonende Stadtentwicklung in Bremen und auf Bundesebene weiter voranzubringen? Wollen Sie am verpflichtenden Passivhausstandard für öffentliche Gebäude in Bremen festhalten?</i></p>	<p>7. Klimawandel sachgerecht angehen: Für die SPD spielt das Thema Ökologie und Nachhaltigkeit eine wichtige Rolle. Aus diesem Verständnis heraus möchten wir die Bautätigkeit in dieser Richtung unterstützen. Dazu gehört – neben etlichen anderen Bereichen – beispielsweise das ressourcenschonende Bauen: Die SPD befürwortet eine Förderung von Holz-/Holzhybridbauten, die ca. 50 bis 70 Prozent geringere Kohlenstoffdioxid-Emissionen verursachen als konventionelle Bauten. Insbesondere vor dem Hintergrund der weltweiten Knappheit von Bausand und der dementsprechend stark ansteigenden Preise ist der Einsatz von nachwachsenden Rohstoffen geboten. Im städtischen Wohnungsbau haben Holz-/Holzhybridbauten besondere Vorteile, weil durch den hohen Vorfertigungsgrad stark verkürzte Bauzeiten anfallen, zudem bindet Holz als nachwachsender Rohstoff „graue Energie“ und ist während der Nutzung ein Kohlenstoffdioxid-Lager. Nach abgelaufener Nutzung ist Holz zudem umweltfreundlich zu entsorgen. Der heutige Holzbau eignet sich wegen der kurzen Bauzeiten und der lärm- und staubreduzierenden Baustellenentwicklung für den Geschosswohnungsbau bis zur Hochhausgrenze (6 bis 7 Stockwerke / 22 m Höhe). Da Holz ein leichter Baustoff ist, eignet er sich sowohl für den Neubau als auch für den Dachgeschossausbau und für die Aufstockung von Altbauten. In Bremen ist Holz in der Gebäudeklasse 5 bisher nicht zugelassen und in der Gebäudeklasse 4 nur mit besonders hohen Auflagen. Hier strebt die SPD eine Anpassung an. Die Richtlinie „Energetische Anforderungen an den Neubau und die Sanierung von öffentlichen Gebäuden der Freien Hansestadt Bremen (Land und Stadt)“ halten wir für sinnvoll. Wo möglich, wollen wir bei der Sanierung öffentlicher Gebäude nach Niedrigenergiestandard und bei Errichtung neuer öffentlicher Gebäude grundsätzlich den Passivhausstandard einhalten. Der „Masterplan Green City“ enthält darüber hinaus eine Vielzahl von Projekten zur Verbesserung der Luftqualität und zur Einsparung von Kohlendioxid. Wir wollen den Masterplan schrittweise umsetzen und wollen in diesem Zusammenhang den Bremer Norden zu einer Modellregion für E-Mobility entwickeln.</p>	<p>Wir sehen es als unsere Aufgabe, Umweltschutz vorzugsweise durch Anreize zu verwirklichen. Dabei soll nach unserer Auffassung die öffentliche Hand eine Vorreiterrolle und Vorbildfunktion einnehmen. Wir wollen, wenn es die Infrastruktur zulässt, nach und nach alle Dächer öffentlicher Gebäude begrünen und/oder für die Erzeugung von Energie durch Photovoltaik und Solarthermie (mindestens 100 Anlagen bis 2023) einsetzen und auch bei gewerblichen Infrastrukturen für einen entsprechende (zusätzliche) Nutzung werben. Für private Bauherren werden wir für die freiwillige Begrünung ihrer Immobilie ein Förderprogramm auflegen. Wir wollen eine gleichermaßen wirtschaftlich wie sozial- und umweltverträgliche Energiewende und bis spätestens 2030 alle Kohlekraftwerke in Bremen vom Netz nehmen, und auch auf der Bundesebene auf entsprechende Rahmenbedingungen hinwirken. Hierbei setzen wir einerseits auf Energieeinsparungen, umweltverträgliche Energieproduzenten und ein durch die Digitalisierung effektiver gesteuertes Energiemanagement. Und dazu wollen wir andererseits die allgemeine, insbesondere aber energetische Sanierung der öffentlichen Gebäude verstärken. Einen Beitrag dazu sehen wir auch im Bau der Fernwärmeleitung vom Müllheizkraftwerk in die Vahr. Neue öffentlich Gebäude sind laut der Richtlinie „Energetische Anforderungen an den Neubau und die Sanierung von öffentlichen Gebäuden der Freien Hansestadt“ grundsätzlich im Passivhausstandard zu errichten. Daran werden wir festhalten.</p>	<p>Wir Freie Demokraten setzen uns für nachhaltiges Bauen ein. Das heißt auch, dass wir angemessene Nachverdichtungen und den Bau von Hochhäusern unterstützen. Auch wollen wir den Ausbau von Dachgeschossen und das Aufstocken erleichtern, wo dies möglich ist. Wir Freidemokraten wollen, dass nachhaltig gebaut wird. Das heißt, wir wollen nicht zulasten des Klimas Standards senken. Zugleich wollen wir, dass Kostensenkungs- bzw. -dämpfungsmöglichkeiten konsequent genutzt werden. Bei Baustandards muss sich die öffentliche Hand zuvörderst an den selbstgesetzten Standards messen lassen.</p>	<p>Bislang ist das Land Bremen nicht hinreichend erfolgreich bei seiner Klimastrategie und muss seine Anstrengungen verstärken. Neben dem Verkehr ist das Wohnen bzw. der Energieverbrauch von Immobilien dabei ein zentraler Bereich. Wir wollen die Standardvorgaben daher nicht senken und auch am Passivhausstandard für öffentliche Neubauten bzw. am Niedrigenergiestandard für öffentliche Sanierungen festhalten. Alles andere wäre ein fatales Signal. Der entscheidende Beitrag zur Klimabilanz muss allerdings aus der energetischen Sanierung im gesamten Immobilienbestand kommen. Hier ist es richtig, dass energetische Sanierung nicht einfach im dämmenden "Einpacken" von Gebäuden bestehen kann, mit allen problematischen Folgen. Gefragt sind integrierte Konzepte, Nutzung auch dezentraler Energieerzeugung, und vor allem der mittelfristige Ausstieg aus der Öl- und Gas-Beheizung.</p>	<p>7. Klimawandel sachgerecht angehen-neue Wege zur Bemessung der ökologischen Nachhaltigkeit von Bauwerken und Stadtquartieren gehen Das Klima geht immer seine eigenen Wege. Das städtische Kleinlima wird durch Grünzonen und Belüftungsschneisen beeinflusst. Da ist die Stadt von ihren eigenen, früher geltenden Grundsätzen wie sie ehemalige Gartenbaudirektoren niedergeschrieben haben, abgewichen. 7.1. Der Passivhausstandard für öffentliche Gebäude muss nicht gehalten werden, zumal Standards ohnehin beliebig verändert werden(z. B. Bauvorschriften für Bau von Migrantenwohnungen außer Kraft gesetzt) 7.2. keine neuen Großsiedlungen ala Brinkmann/Rennbahn für Investoren: kleinräumiges, individuelles Bauen ermöglichen z.B. fordern wir Beruhigung des Ortsteiles Strom/Bebauung Stromer Landstr./Ochtumferbebauung und Schwimmende Häuser von Brokhuchtinger Landstr. bis Naturschutzgebiet</p>	<p>Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um eine nachhaltig klimaschonende Stadtentwicklung in Bremen und auf Bundesebene weiter voranzubringen? Wollen Sie am verpflichtenden Passivhausstandard für öffentliche Gebäude in Bremen festhalten?</p> <p>Stadtteile, die heute neu entstehen, müssen einen größeren Beitrag zum Klimaschutz leisten. Die neuen Häuser sollen gut gedämmt und effizient beheizt sein. Ideal sind kleine Nahwärmenetze auf der Basis regenerativer Energieträger, so wie am Ellener Hof oder im neuen Hulsberg-Viertel. Bei der Planung von neuen Quartieren, wie z. B. auf der Kellogg's-Brache an der Weser und auf dem</p> <p>Gaswerkgelände in Wolmershausen, verankern wir unsere Ziele in Bebauungsplänen und städtebaulichen Verträgen. Wir wollen, dass kompakter gebaut wird und dass auf klimafreundliche Baustoffe wie Holz gesetzt wird. Denn Holz ist ein nachwachsender Baustoff, schlägt die Klimabilanz von Zement und Beton um Längen und hat auch viele andere Vorteile.</p> <p>Passivhausstandard ist sicher nicht der „Weisheit und Bautechnik“ letzter Schluss. Aber wir werden daran festhalten, solange wir nichts Besseres haben. Wir würden selbstverständlich Gebäude mit geringerem apparativem Aufwand (Klimatechnik), die den gleichen Beitrag zum Klimaschutz leisten, bevorzugen. Auch sehen wir das Problem der für die Dämmung vorwiegend verwendeten Baustoffe (Wärmeverbundsysteme). Offenkundig steckt die Lebenszyklusbetrachtung bei Gebäuden und Bauteilen noch immer in den Kinderschuhen. In Zukunft wird der Fokus viel stärker auf die „graue Energie“ gerichtet werden müssen. Gerade die Umnutzung von Gewerbebauten in Wohnungen erweist sich als enorm anspruchsvoll und löst häufig Abriss aus, wo eine Nachnutzung sinnvoll sein könnte.</p> <p>Das Nutzerverhalten – etwa von Kindern in einer KiTa – muss dringend evaluiert werden, um zu klären, wie weit darauf mit der Gebäudekonzeption geantwortet werden muss.</p> <p>Für sehr kleine Gebäude – etwa Umkleidekabinen auf Außenanlagen – sollten die Regelwerke dringend überarbeitet werden.</p>

Wahlprüfsteine
der planenden Berufe für die Kommunal- und Landtagswahlen in Bremen und Bremerhaven 2019

Absender: SPD	Absender: CDU	Absender: FDP	Absender: DIE LINKE	Absender: AfD	Absender: Bündnis 90 / Die Grünen	
<p>Wir fragen Sie:</p> <p>8. Neue Mobilität in Bremen und Bremerhaven umsetzen</p> <p><i>Welche Umsetzungshorizonte hat Bremen für die konkreten, bereits beschlossenen Projekte zu erwarten? Welche Projektfelder des VEP werden für eine zeitnahe Umsetzung priorisiert verfolgt? Sind die Stellplatzvorgaben dazu geeignet, quartiersbezogen dauerhaft für eine anforderungsgerechte Organisation des Parkens zu sorgen?</i></p>	<p>Ihre Antwort:</p> <p>8. Neue Mobilität in Bremen und Bremerhaven umsetzen: Die SPD hält die im VEP 2025 formulierten Ziele für richtungweisend. Unser Ziel ist daher eine zukunftsfähige Weiterentwicklung des Bremer Verkehrssystems – sowohl für die Wirtschaftsverkehre als auch für den individuellen und öffentlichen Nahverkehr, unabhängig vom Verkehrsträger. Ausgang allen Aus- und Umbaus muss aber zunächst die planmäßige Sanierung der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur sein. Wir müssen aber auch für die aktuellen dynamischen Entwicklungen einer wachsenden Stadt (z. B. für die Überseestadt, die Gar- tenstadt Werdersee, das vordere Woltershausen, das Rennbahn-Quartier) zukunftsfähige Mobilitätslösungen entwickeln – mit Maßnahmen für die Verbesserung der Straßen für Individual- und Güterverkehr sowie der Bedingungen des öffentlichen Personennahverkehrs und für den Rad- und Fußverkehr. Dazu gehören: 15-Minuten-Takt im ÖPNV zwischen Innenstadt und Bremen-Nord; Attraktivierung des Job-Tickets; langfristig der Einsatz einer emissionsfreien ÖPNV-Busflotte; Ausbau des Straßenbahnnetzes; neue Haltepunkte Föhrenstraße, Burg-Grambke, Technologiepark Universität; Fährverbindung Überseestadt- Woltershausen-Gröpelingen.</p>	<p>Ihre Antwort:</p> <p>Ein besonderes Augenmerk wollen wir auf die Verminderung des sog. ruhenden Verkehrs in bestehenden und ggf. neu zu errichtenden Wohnquartieren richten. Die meisten der historisch gewachsenen Quartiere sind planerisch und gestalterisch nicht auf die aktuell vorhandene Anzahl parkender Fahrzeuge ausgerichtet. Die Konsequenz sind nicht nur erhebliche Probleme für Einsatz- und Rettungsfahrzeuge der Feuerwehr, sondern auch fehlender Platz für städtisch-urbanes Leben und sinkende Lebensqualität. Hier gilt es, zunächst modellhaft, gemeinsam mit den betroffenen Anwohnerinnen und Anwohnern in den bestehenden Quartieren geeignete Alternativen zu planen und umzusetzen. Bei der Entwicklung neuer Quartiere werden wir von Anfang an die Verkehrsanbindung, intelligente Mobilitätslösungen, erforderliche Parkmöglichkeiten und Verkehrsvermeidungsstrategien einplanen um den Parkdruck in Quartieren zu begegnen. Die CDU Bremen setzt sich für eine zügige Realisierung der A 281 ein. Die beiden letzten Bauabschnitte müssen spätestens 2025 fertiggestellt sein. Die Verlängerung der Linie 1 nach Huchting soll nach Ansicht der CDU unabhängig vom Ausgang des Gerichtsverfahrens bzgl. der Linie 8 in Niedersachsen umgesetzt werden. Auch hier wollen wir unverzüglich mit den ersten Baumaßnahmen beginnen. Die CDU Bremen steht hinter den einzelnen Maßnahmen des 2014 beschlossenen Verkehrsentwicklungsplanes und fordert eine zügige Umsetzung aller Projekte. Eine Priorisierung einzelner Projekte findet seitens der CDU nicht statt.</p>	<p>Ihre Antwort:</p> <p>Wir verfolgen die Idee einer modernen Autostadt. Das heißt, wir wollen, dass sich Bremen fit macht für Elektromobilität und Brennstoffzellenautos. Wir Freie Demokraten wollen mehr Car-Sharing und mehr Ride-Sharing. Wir setzen auf autonomes Fahren. Und wir wollen die Intermodalität stärken. Wir wollen die Straßenbahn nach Bremen-Burg ausbauen. Radwege wollen wir im Zuge anstehender Straßensanierungen sanieren. Keine Priorität haben für uns Fahrradbrücken.</p>	<p>Ihre Antwort:</p> <p>Stellplatzgesetze sind notwendig. Man kann das Problem des ruhenden Verkehrs nicht einfach "von einzelnen Baumaßnahmen abkoppeln" und der öffentlichen Hand zuweisen - das wäre eine Privatisierung von Vorteilen und eine Sozialisierung von Aufwendungen. Die Diskussion um die Parkraumbewirtschaftung (Anwohnerparken, Begrenzung der Stellplätze pro Haushalt, höhere Parkgebühren) wird in Bremen verstärkt geführt werden müssen und auch Auswirkungen auf die Stellplatzgesetze haben. Eine zukünftige Umnutzung von Parkflächen in der Straße ist sehr viel einfacher, als die Umnutzung von Parkhäusern. Ein wesentlicher Schlüssel sind aber Ausbau, Verbesserung und Verbilligung des öffentlichen Nahverkehrs - ohne das wird sich der Autobestand in der Stadt nicht verringern lassen. Die ÖPNV-bezogenen Projekte des VEP sollten daher vorrangig verfolgt werden.</p>	<p>Ihre Antwort:</p> <p>8. Neue Mobilität in Bremen und Bremerhaven umsetzen Beschleunigte Umsetzung des Ringschlusses A 281 / Kreuzungsfreier Übergang zur B 75/Flughafenunterquerung B 6b/Brückenkonzepte Analyse der Probleme an Hand von Verkehrsflusskonzepten/Gleichgewichtigkeit der Teilnehmer, keine ideologische Bevorzugung von Radfahrern, Park&Ride Konzepte für Umland mit verbessertem SPNV Stellplatzproblematik bei unserer Priorität für Verdichtung/Lückenbebauung und DG-Ausbau(aktuelles Beispiel Hohwischsiedlung der GEWOBA: keine Ablöse, zu wenig Parkraum und Parkverbote am REWE-Markt)</p>	<p>Ihre Antwort:</p> <p>Im VEP haben wir ein Umsetzungsdefizit, was wieder an mangelnden personellen und finanziellen Ressourcen liegt. Wir halten den Bereich Nahmobilität für sehr wichtig. Ein Team Nahmobilität wurde auf unsere Initiative hin eingerichtet. Wir fordern eine Vervielfachung der Mittel für den Radverkehr und einen eigenen Fußverkehr. Wir wollen sowohl die Radpremiumrouten forcieren als auch Fuß- und Radbrücken in Hemelingen, der Neustadt und von der Überseestadt nach Woltershausen. Dafür gilt es auch, Bundesmittel zu nutzen. Wir wollen ebenso den ÖPNV ausbauen, verbilligen und in der Qualität verbessern. Die Überseestadt hat erhebliche Verkehrsprobleme, die durch kurzfristige und längerfristige Maßnahmen gelöst werden müssen. Wir wollen eine Straßenbahn in der Überseestadt und setzen uns für einen S-Bahn-Haltepunkt an der Stephanibrücke ein. Ein weiterer S-Bahn-Haltepunkt Technologiepark muss endlich umgesetzt werden. Zur Realität gehört, dass der Verkehrsbereich nach Jahren der Stagnation einen deutlichen Finanzmehrbedarf für die kommenden Haushaltsberatungen benötigt, um die Instandhaltung der Verkehrsinfrastruktur und der Brücken einerseits sowie wichtiger Maßnahmen im Verkehrsentwicklungsplan andererseits zu gewährleisten. Die Stellplatzverordnung haben wir vor einigen Jahren angepasst, eine Bagatelgrenze eingeführt und stellplatzsetzende Maßnahmen des Mobilitätsmanagements ermöglicht. Wir halten das vorhandene Instrument der Stellplatzverordnung nicht für gut geeignet, um den sich verändernden Anforderungen anzupassen. Wir müssen neben einer guten Organisation des Parkens auch attraktive Anreize schaffen, um auf das Auto zu verzichten. Wir haben leider nicht die Zustimmung unseres Koalitionspartners zu unserem Vorschlag zur Novellierung der Stellplatzverordnung erhalten. Das bleibt auf der Tagesordnung. Die vollständige Abschaffung wie in Berlin und Hamburg wäre auch ein Weg. Wir glauben aber, dass es nicht richtig sein könnte, völlig auf ein steuerndes Instrument zu verzichten. Es muss aber bei autoarmen Vorhaben wie auf dem Kellogg's- oder Mondelezgelände möglich sein, auf Stellplätze zu verzichten. Wir wollen das Instrument flexibler gestalten. Wir wollen die Bagatelgrenze weiter erhöhen. Es scheint uns sinnvoll, einen Teil der verpflichtenden oder abzulösenden Stellplätze durch verpflichtende Maßnahmen des Mobilitätsmanagements (Carsharing, ÖPNV-Zeitkarten, Fahrradverleih auch von Pedelecs) zu ersetzen. Wir wollen vorhandene Instrumente zur Beruhigung und Druckminderung wie Anwohnerparken oder verkehrsberuhigte Bereiche stärker verwenden.</p>
<p>9. Umsetzungskultur etablieren - Verkehrsentwicklungsplan, Innenstadtkonzept, Zukunftskommission sukzessive abarbeiten und laufend fortschreiben</p> <p><i>Wie wollen Sie erreichen, dass zukünftig der politische Wille durch alle Verwaltungsebenen konsequent umgesetzt wird? Bedarf es einer Um- / Neustrukturierung der Verwaltungszuschnitte oder der Schaffung einer Stadtentwicklungsgesellschaft? Wie wollen Sie gewährleisten, dass alle zur Verfügung stehenden Fördermittel zukünftig genutzt werden?</i></p>	<p>9. Umsetzungskultur etablieren: Die bremische Stadtentwicklung gründet auf einer - auch überregional - viel beachteten Stadttradition mit kleinräumigen Quartieren, sozialen Bindekräften und städtebaulichen Qualitäten. Bei der fachlichen Ressorthoheit sowie der grundsätzlich stark auf die jeweilige Autonomie ausgerichtete Haltung der einzelnen Senatsressorts kommt der ressortübergreifenden Zusammenarbeit - insbesondere der Verwaltungskooperation im Stadtteil - bei der Quartiersentwicklung eine zentrale Rolle zu. Notwendig ist der ressortübergreifende Dialog auch mit den Einrichtungen und Akteuren vor Ort. Dazu werden wir die Planungskompetenzen vor Ort in den Ortsämtern verstärken. Wir werden darüber hinaus in für die Entwicklung Bremens insgesamt besonders bedeutsamen Gebieten eine neue ressortübergreifende Projektsteuerung mit klarem Mandat erproben. Die SPD setzt sich zudem für eine Umstrukturierung des öffentlichen Unternehmens „Immobilien Bremen“ (IB) ein, um so Vorhaben deutlich zu beschleunigen. Verzögerungen bei Bau- und Sanierungsmaßnahmen müssen durch koordinierte Abläufe abgebaut werden. Auch und gerade für die Entwicklung der Innenstadt gilt, dass diese anspruchsvolle Gemeinschaftsaufgabe mit den vielen öffentlichen und privaten Projekten höchste Managementqualitäten erfordert. Diese Herausforderung nehmen wir aktiv an.</p>	<p>Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden eine Idee vor allem dann umsetzen und engagiert an ihr arbeiten, wenn sie selbst davon überzeugt sind. Das müssen wir erreichen! Wir wollen die Mitarbeiter für Projekte begeistern, aber auch ihre Befürchtungen und Bedenken gegenüber einem Projekt ernst nehmen. Der aktuelle Stillstand in vielen Bereichen der Verwaltung ist kein Problem der Mitarbeiter, sondern eines der politischen Führung, die es versäumt hat ihre Vorstellungen in die Verwaltung zu tragen und das von dort kommende Feedback anzunehmen. Wir wollen politische Beteiligung, wir wollen aber auch eine Politik der Entscheidungsfreude, der sichtbaren Umsetzung und des geordneten Managements von politischen Prozessen. Diese Rolle liegt in der Verantwortung des Bürgermeisteramtes. Einer Stadtentwicklungsgesellschaft stehen wir offen gegenüber und hätten diese bei der aktuellen Debatte um das Parkhaus Mitte begrüßt. Die Abrufung von Fördermitteln des Bundes setzt ein enghesichtiges Controlling beziehungsweise eine punktgenaue Verfolgung der jeweiligen Ausschreibung voraus. Auch hier gilt, dass sich alle Ressorts auf den Weg machen müssen, damit wir Bundesmittel schneller und umfangreicher abrufen können.</p>	<p>Wir Freie Demokraten sind dafür, dass nicht Konzepte und Ideen von Kommissionen umgesetzt werden, sondern dass das Primat der repräsentativen Demokratie gilt. Das heißt für uns, wir wollen, dass letztlich nur parlamentarisch getragene Pläne umgesetzt werden. Wir wollen dahin zurück, dass die Stadtbürgerschaft, die Stadtverordnetenversammlung und der Landtag vorgeben, was Priorität hat und umgesetzt wird. Dann ist auch klar, dass das finanziert und getragen wird. Fördermittel des Bundes und der EU sind dann für die von der Mehrheit getragenen Ziele einzuwerben und einzusetzen. Und auch nur für diese Zwecke einzuwerben. Alle verfügbaren Mittel wird Bremen nicht einwerben und einsetzen können.</p>	<p>Wenn man die laufenden Bauprojekte verfolgt, die von einer großen Konformität, einem rückschrittlichen Begriff von "Urbanität" und häufig von einer deutlich profitorientierten Ästhetik bestimmt sind, dann kann man den Befund, es gäbe in Bremen und Bremerhaven kein "Ideendefizit", nicht unterschreiben. Neue Ideen sind dringend gefragt: für öffentliche Bauten, für ästhetisch attraktiven bezahlbaren Wohnraum, für ein neues Verhältnis von Individual- und Gemeinschaftsräumen, für eine Abkehr vom DINKS-Standard, d.h. der privilegierten Ausrichtung von Grundrissen auf kinderlose Doppelverdienerhaushalte der oberen Einkommensklasse. Umnutzbarkeit von Gebäuden für verschiedene Nutzungs- und Lebensformen, wie auf den "Wohntagen" ausführlich am "Bremer Haus" diskutiert, ist ebenso ein Desiderat wie eine politische Willensbildung dazu, ob die Bremer Innenstadt partout zu einer Hochhaus-Ansammlung werden soll. Die Nutzung von (bundesweiten) Fördermitteln ist wünschenswert, darf aber kein Automatismus sein - es kommt darauf an, wofür. Der Schaffung einer Stadtentwicklungsgesellschaft stehen wir kritisch gegenüber, da wir nicht sehen, dass Stadtentwicklung damit demokratisiert würde. Gefühle politische Willensbildung, etwa zur nachhaltigeren Bodenpolitik, muss schneller in realen politischen Willen, d.h. Beschlüsse von Organen überführt werden.</p>	<p>9. Umsetzungskultur etablieren-VEP, Innenstadtkonzept, Zukunftskommission sukzessive abarbeiten und laufend fortschreiben. Erst einmal ist der politische Wille klar zu artikulieren und von einer Koalition einheitlich umzusetzen. Bremen ist keine Fahrradstadt sondern ein Logistikzentrum mit erheblichen Pendlerzahlen von und nach Bremen, das vom SPNV/ÖPNV nur teilweise abgedeckt werden kann. Veränderungen müssen dann immer zu Leistungsverbesserungen anderer Träger bzw. der Schnittstellen zwischen mehreren Trägern führen. Ideologische Traumbilder wie Fahrradschnellwege kaschieren nur die vorhandenen Defizite. Keine Veräußerung ganzer Areale an Großinvestoren Eine Stadtentwicklungsgesellschaft verlagert die Probleme nur auf eine andere Ebene, vom Bauresort auf die Ebene der Senatskanzlei und nun in eine Gesellschaft ausgelagert werden soll. Auf die Defizite der WFG bei der Überseestadtvermarktung oder der Ansiedlungsplanung Dornier sei nur am Rande verwiesen.</p>	<p>Die GRÜNEN unterstützen den Vorschlag, eine Stadtentwicklungsgesellschaft zu gründen und ihr einen großen Teil der strategisch wichtigen Grundstücke aus den Sondervermögen der Ressorts Bau, Wirtschaft und Finanzen zu übertragen. Der Aufbau dieser Gesellschaft wird nur schrittweise möglich sein. Sie soll ein Instrument der integrierten und strategischen Stadtentwicklung werden und dazu beitragen, die Zersplitterung der Zuständigkeiten und Ressourcen zwischen den Senatsressorts zu überwinden. Die Akquise und Bindung von Fördermitteln setzt zweierlei voraus: Die Stadt braucht einen Vorrat an Planung, um auf Förderprogramme schnell reagieren zu können. Und sie braucht die Fähigkeit, diese Programme kofinanzieren. Nicht nur die knappen Finanzen haben Stadtentwicklung in den letzten Jahrzehnten erschwert. Die Aufgaben werden nicht weniger und noch dazu komplexer und anspruchsvoller. Da ist es den Menschen in der Verwaltung kaum möglich, neue Ideen und Methoden, Experimente und Projekte abseits des Tagesgeschäfts anzuschieben. Damit unsere guten Ideen Realität werden, stärken wir den personellen Aufbau und die Qualifizierung der Stadtentwicklungsabteilung im Bauresort. Stadtentwicklung ist ein Querschnittsthema, und wir möchten es zukünftig verstärkt als solches behandeln, indem wir auch die kulturelle Stadtentwicklung verankern. Wir sehen Chancen für eine bürgerorientierte Entwicklung des Zentrums. Am Ende des großen Umbaus soll es einen besser vernetzten öffentlichen Raum, mehr Wohnen, weniger Autos, weniger blockierte Hinterhöfe und einen stärkeren, moderneren Einzelhandel geben. Und statt die Dächer für Autos und Klimaanlagen zu reservieren, wollen wir dort Gärten, Spielplätze und Restaurants sehen. Wer für die Zukunft baut, muss klimaschonend und klimaangepasst bauen, also Strom und Heizwärme aus regenerativen Quellen beziehen und das Regenwasser und die Kühlung bedenken. Unsere Ausbildungs- und Forschungseinrichtungen locken junge Leute aus ganz Deutschland und dem Ausland nach Bremen. Zu viele von ihnen ziehen aber nach Abschluss ihrer Ausbildung wieder weg. Das wollen wir ändern. Wir möchten Teile der Universität in die Innenstadt holen, um die nächste Generation und die Wissenschaft im Zentrum zu versammeln. Das Sparkassen-Areal am Brill und das Telekom-Gelände dahinter, das Bundeswehrhochhaus, die Alte Neustadt, der Mondelez- Turm und später das Hachez-Gelände bieten den nötigen Platz für Studi-Wohnungen, Start-ups, Ateliers, Labore, Institute und Fachbereiche.</p>

Wahlprüfsteine
der planenden Berufe für die Kommunal- und Landtagswahlen in Bremen und Bremerhaven 2019

Absender: SPD	Absender: CDU	Absender: FDP	Absender: DIE LINKE	Absender: AfD	Absender: Bündnis 90 / Die Grünen	
<p>Wir fragen Sie:</p> <p>10. Servicequalität in der Bauverwaltung weiter verbessern</p> <p>Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um Baugenehmigungsverfahren zu beschleunigen und ein qualitäts- und ergebnisorientiertes Verwaltungshandeln in allen baubezogenen Fragen zu erreichen? Was halten Sie von einer Servicegarantie, wie sie im Landkreis Osterholz gewährt wird?</p>	<p>Ihre Antwort:</p> <p>10. Servicequalität in der Bauverwaltung weiter verbessern: Siehe hierzu auch Antwort 6. Für die SPD hängt die Servicequalität der gesamten öffentlichen Verwaltung mit einer angemessenen personellen Ausstattung eng zusammen. Eine prozessorientierte, dem Dialog und Servicegedanken verpflichtete Verwaltungsstruktur mit hinreichend technisch fundierter Kapazität ist dabei unser Leitbild. Die SPD wird die Digitalisierung bei Genehmigungsprozessen von Bauvorhaben gezielt weiter entwickeln.</p>	<p>Ihre Antwort:</p> <p>Die CDU Bremen setzt sich für eine leistungsfähige und effiziente Verwaltung ein. Ein großes Potenzial liegt im Abbau von Doppelstrukturen und in der Zentralisierung von Stabs- und Serviceaufgaben in den Ressorts. Neben Kosteneinsparungen kann dies auch zu Effizienzsteigerungen führen. Die Bauverwaltung muss über ausreichend Personal verfügen, um die bestehenden Aufgaben bewältigen zu können. Die CDU Bremen setzt sich für eine Verbesserung der Servicequalität des Bauressorts und der Bauämter sowie eine Beschleunigung der Genehmigungsverfahren ein. Insbesondere beim Bauamt Bremen-Nord sehen wir Verbesserungsbedarf. Die vorhandenen Kompetenzen müssen gebündelt und effizienter gestaltet werden. Zudem muss stärker kundenorientiert gearbeitet werden. Im Vergleich zu den niedersächsischen Nachbarkommunen besteht hier erheblicher Nachholbedarf. Die CDU Bremen setzt sich für eine massive Beschleunigung von Genehmigungsverfahren ein. Eine Ausweitung des Online-Angebots und der weiteren Automatisierung der Abläufe der Behörden ist zwingend erforderlich. Neben den Bürgerinnen und Bürgern würde insbesondere auch die Wirtschaft von einem beschleunigten Abarbeiten von Anträgen und der schnellen Suche nach Informationen profitieren. Wir werden dafür sorgen, dass Bauanträge in der Regel innerhalb von vier Wochen unter Nutzung digitaler Kommunikation entschieden werden. Einer Servicegarantie bei Baugenehmigungsverfahren stehen wir offen gegenüber.</p>	<p>Ihre Antwort:</p> <p>Wir Freien Demokraten wollen eine konsequente Digitalisierung der Verwaltung. Damit kann auch die Service-Qualität gesteigert werden. Die Idee der Servicegarantie finden wir gut. Sie sollte auch in Bremen und Bremerhaven in geeigneter Weise umgesetzt werden.</p>	<p>Ihre Antwort:</p> <p>Wenn man sich ansieht, wie lange erteilte Baugenehmigungen nicht in tatsächliches Bauen umgesetzt werden, relativiert sich die Dringlichkeit der Verfahrensbeschleunigung etwas. Ganz im Gegenteil fehlt es im Prozess an Kontrollen und Maßnahmen, wenn nicht gebaut wird - ständige Verlängerung von Baugenehmigungen kann nicht der Weg sein. Die personelle Ausstattung der gesamten Bauverwaltung muss insgesamt deutlich verbessert werden, das ist der vorrangige Weg zu mehr Servicequalität. Dies betrifft allerdings nicht nur die Servicequalität für Bauanträge auch die Bearbeitungszeit Wohngeldanträge beispielsweise bis zu 6 Monaten ist aktuell ein unhaltbarer Zustand.</p>	<p>Ihre Antwort:</p> <p>10. Servicequalität in der Bauverwaltung weiter verbessern Durch Digitalisierung weitere Beschleunigung von Bauverfahren; Doppelstrukturen abschaffen wie jetzt Bauverwaltung/Beirat künftig abschließende Entscheidung einer Bezirksbauverwaltung; Erfahrungen von OHZ einbeziehen.</p>	<p>Ihre Antwort:</p> <p>Wir GRÜNE glauben, dass mit der Digitalisierung der Bauverwaltung auch Effizienzpotentiale in Zeit und Geld gehoben werden können, die allen zugutekommen können. Um eine Servicegarantie auszusprechen, muss die Bauverwaltung auch personell dazu in der Lage sein. Bei den anstehenden Beratungen um die Haushalte der Jahre 2020/2021 werden wir uns auch weiterhin für eine ordentliche Personalausstattung der Bauverwaltung einsetzen.</p>
<p>11. Freiberufliche Leistungen wertschätzen, Leistungswettbewerb stärken</p> <p>Wie werden Sie sicherstellen, dass auch in kleinen Einheiten organisierte Freiberufler Auftragnehmer der öffentlichen Hand werden können? Werden Sie mit den Berufsständen Mindestvorgaben für Stundensätze bei öffentlichen Aufträgen vereinbaren?</p>	<p>11. Freiberufliche Leistungen wertschätzen: Die SPD steht dafür, die Möglichkeiten, die das Vergaberecht bietet, zu nutzen, um Wertschöpfung in der Region zu halten und gerade bei niederschwelligen Aufträgen auch kleinen Unternehmen und Freiberuflern Möglichkeiten zu geben, Aufträge zu erhalten. Dabei begrüßen wir es, wenn die Auftraggeber auch im engen Austausch mit den örtlichen Anbietern von Planungsleistungen stehen und sich bei der Vergabe eng an den Empfehlungen der Kammern orientieren, auch was die Stundensätze für Leistungen angeht, die nicht in der HOAI gelistet sind. Das gilt für uns unabhängig von der Größe der Auftragnehmer. Generell finden wir es richtig, Entgelte möglichst umfassend in verbindlichen Honorarordnungen zu regeln.</p>	<p>Wir werden uns auch in Zukunft dafür einsetzen, eine Reihe von Leistungen extern zu vergeben. Wenn es die Art der Aufgabe erlaubt, sollen auch Ingenieure oder Architekten die Möglichkeit haben, sich an diesen Vergaben zu beteiligen. Wie die Ausschreibung konkret erfolgt, ist von Art und Umfang des Projekts abhängig. Je nach Beschaffenheit dieser Kriterien sollte auch weiterhin projektbezogen entscheiden werden, wer sinnvollerweise am Wettbewerb zu beteiligen ist. Mit der modernisierten Honorarregelung 2013 wurde der Interessenausgleich zwischen Planern und Bauherren deutlich verbessert. Vertreter beider Marktseiten, also der Auftragnehmer und Auftraggeber, haben in einem offenen und konstruktiven Diskussionsprozess zum Erfolg dieser Novellierung beigetragen. Die HOAI 2013 beinhaltet aktuelle Honorare für umfassend modernisierte Leistungsbilder, die an die neuen Anforderungen im Bau- und Umweltrecht angepasst wurden. Für Beratungsleistungen führt die HOAI 2013 die bestehende Teilliberalisierung fort und stellt aktualisierte Leistungsbilder und Honorarempfehlungen bereit. Auf dieser Grundlage können Leistungsumfang und Höhe der Vergütung je nach konkretem Sachverhalt individuell vereinbart werden. Weiteren Änderungsbedarf in diesem Bereich sehen wir derzeit nicht.</p>	<p>Wir Freie Demokraten schätzen die Leistungen von Freiberuflern. Deshalb wollen wir weiter auch kleine Leistungspakete ausschreiben und kleine Aufgaben vergeben. Mindestvorgaben für Stundensätze sind allerdings nicht unser Mittel, um Wertschätzung zum Ausdruck zu bringen. Wir stehen zum Wettbewerb, zugleich wollen wir, dass öfter die wirtschaftlichsten Leistungen und nicht die billigsten eingekauft werden. Damit wäre schon viel gewonnen.</p>	<p>Seit der Reform der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) 2009 gibt es keine Vorgabe zu Stundensätzen mehr. Wie nicht anders zu erwarten, hat sich dieses Mehr an "Vertragsfreiheit" negativ ausgewirkt im Sinne verstärkten Drucks auf Honorare und Schwierigkeiten kleinerer Anbieter, gegen die Skaleneffekte größerer Anbieter mitzuhalten. In Baden-Württemberg sind zwischen Land, Gemeinden und Ingenieur- und Architektenkammer Empfehlungen für Stundensätze vereinbart worden, die nicht verbindlich sind, aber als Orientierungswerte zunehmend eingehalten werden. Das halten wir für einen richtigen Weg, der auch für das Land Bremen sinnvoll ist. Die Möglichkeit, im Vergabegesetz öffentliche Aufträge an Tarife und vergleichbare Mindestsätze zu binden, sollte auch für Dienstleistungen umfassend genutzt und gesetzlich verankert werden.</p>	<p>11. Freiberufliche Leistungen wertschätzen, Leistungswettbewerb stärken. Darüber kann verhandelt werden im Rahmen der Haushaltslage</p>	<p>An Ausschreibungen teilzunehmen, steht auch in kleinen Einheiten organisierten Freiberufler*innen frei.</p> <p>Wir verstehen Ihre Frage dergestalt, dass Ihnen an einer verlässlichen Orientierung/Verabredung mit dem öffentlichen Auftraggeber hinsichtlich der Stundensätze für freiberufliche Planungsleistungen gelegen ist. Zu diesen Fragen haben wir GRÜNE bislang keine programmatischen Festlegungen getroffen. Auch ist das Thema zu komplex und zu speziell, um hier in der Kürze und ohne vorherige GRÜN-interne Befassung verlässliche Aussagen zu machen. Damit einher gehen noch nicht abzuschätzende finanzielle Folgen wie auch ggf. auch Bundesratsinitiativen. Das Thema eignet sich eher für Gespräche mit Vertreter*innen Ihrer Verbände, wozu wir gerne bereit sind.</p>